

## **Wirtschaft und Schule**

### **Oder: Das Allgemeine der Allgemeinen Bildung**

**Ulrich Herrmann**

Angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich auch hierzulande zu einer veritablen Legitimationskrise der politischen Verfasstheit unserer Wirtschafts- als Gesellschaftsordnung – etwa richtiger: Gesellschafts- als Wirtschaftsordnung – auswachsen könnte – je nachdem, wie zum Beispiel die nächsten Bundestagswahlen ausgehen –, wird darüber diskutiert, ob nicht „Wirtschaft“ in den Unterrichtskanon der allgemeinbildenden Schulen gehören müsste (Süddeutsche Zeitung, Nr. 241, 16.10.2008, S. 2: Thema des Tages). Denn offensichtlich ist es gefährlich, die Absolventen unserer Schulen als Analphabeten in Sachen „Kapitalmarkt“ ins Leben zu schicken. Die ZEIT (Nr. 43, 16.10.2008, S. 5: Gero von Randow: ABC des Kapitalismus) und die STUTTGARTER ZEITUNG (Marcus Sander im Wirtschaftsteil: Karl Marx feiert fröhlich Auferstehung, Nr. 242, 16.10.2008, S. 13) brachten kleine Artikel mit sinnigen Anregungen, was man von einem außer Gebrauch gekommenen Klassiker zum Thema, erschienen 1867, lernen könne: „Das Kapital“, verfasst von einem gewissen Karl Marx aus Trier. Offenbar kann man von diesem Marx viel lernen – dankbare Pilger legen immerzu frische Blumen auf sein Grab in (London-)Highgate –, ohne dass man Marxist werden müsste, was der ja auch nicht war, weil er es gar nicht sein konnte, eben weil er vor allen Marxisten eben *Marx selber* war...

Zur Sache. Es geht um den „Kanon“ der sog. allgemeinbildenden Schulen. Was brauchen deren Absolventen als Grundausstattung auf ihrem Weg ins Leben? Gehört die Ökonomie dazu? Ist sie vielleicht nicht wichtiger als so mancher Firlefanz, dem die Schülerinnen

und Schüler ohnehin nichts abgewinnen können und den sie jenseits der Schultüren nie mehr benötigen? Und wären nicht z.B. Schülerfirmen das geeignete Lern- und Erfahrungsfeld dafür? Denn da beginnen schon die originär ökonomischen Probleme: Welche Rechtsform dürfen/müssen sie haben? Wie wird für ihre Zwecke Betriebskapital eingeworben, wie wird Humankapital herangebildet, so dass nachhaltige betriebliche Marktfähigkeit mit Gewinnchancen für Rücklagen entstehen kann? Wer haftet für Verluste? Wie legt man Gewinne und Rücklagen an?

Es wird als erstrebenswert angesehen, über eine „gute Allgemeinbildung“ zu verfügen, denn andernfalls gilt als Banause, wer zum Beispiel Van Gogh für einen Mittelstürmer von Ajax Amsterdam hält oder „Bauhaus“ in Dessau für eine Baumarkt-Filiale oder an seiner „Promotion schreibt“. Allgemeinbildung zeichnet sich offensichtlich durch Pilawa-Tauglichkeit aus und wird demzufolge mit Vielwisserei verwechselt.

Allgemeinbildung ist ursprünglich das Pendant zu Spezialbildung. Letztere bezieht sich vor allem auf berufliche Tätigkeiten im Sinne von Kompetenzen, wie man heute lieber sagt – aber dabei unterschlägt, dass mit Bildung immer auch und vor allem Urteilsfähigkeit, Takt, guter Geschmack, das Ethos der Berufsausübung i.S. eines „ehrlichen Gewerbes“ gemeint ist. Grade so, wie wir es heute bei der Finanzkrise vorgeführt bekommen: angeblich jede Menge Kompetenz, aber offensichtlich fehlender Durchblick, und „ehrliches Gewerbe“? Na.

Allgemeinbildung kann Spezialbildung nicht ersetzen – der Automechaniker muss kompetenter Spezialist sein, seine „automo-

bilistische Bildung“ (er schwärmt für exquisite Oldtimer, kann Monza von Hockenheim unterscheiden und weiß, warum ein Mercedes Mercedes heißt) ist für den Kunden belanglos. Aber Allgemeinbildung kann und soll Spezialbildung erweitern und vertiefen, nämlich durch Ethos und Verantwortungsbewusstsein: keinen Pusch abliefern, auf technische behebbare Risiken hinweisen und nicht auf Arbeitsplatzsicherheit dadurch hoffen, weil hoffentlich bald anstelle des Auswechselns eines Keilriemens der ganze Motor verreckt.

Ethos und Verantwortungsbewusstsein sind unabdingbare Dimensionen des Denkens und Handelns von Personen, denen man als Persönlichkeiten – und nicht bloß als Fachleuten – ein (öffentliches) Amt anvertraut hat. Der Staatsrechtler als Fachmann macht noch keinen Bundespräsidenten, der seinerseits nicht nur fachmännischen Rat braucht, sondern über politischen Takt verfügen muss. Aber nicht nur Inhaber öffentlicher Ämter sollen sich so verhalten, sondern alle Menschen im zwischenmenschlichen Umgang miteinander, sich mit Respekt und Toleranz, Hilfsbereitschaft und Solidarität begegnen. Solche Menschen nennen wir gebildet. Besonders Eltern und Lehrer sollten es im Umgang mit Kindern und Schülern sein, aber auch Chefs im Umgang mit ihren Mitarbeitern, die Starken mit den Schwachen, die Wohlhabenden mit den Darbenden.

Das Allgemeine der allgemeinen menschlichen Bildung (so nannte Wilhelm von Humboldt das, was später zu Allgemeinbildung wurde) hat also nichts mit vielem Wissen zu tun, sondern mit der privaten und öffentlichen Moral im Alltag, mit unserer Urteilsfähigkeit

in privaten und öffentlichen Angelegenheiten, mit unserer persönlichen Haltung, wenn z.B. unsere Zivilcourage gefordert ist. Das *bestimmte* Allgemeine der Bildung – nicht das *unbestimmte* Geschwafel der Allgemeinbildung – sind mithin die Angelegenheiten der Allgemeinheit – der *polis* sagt Hartmut von Hentig – , zu deren Gelingen wir aktiv beitragen müssen, wenn unser eigenes Leben auf Umstände und Rahmenbedingungen rechnen können soll, die zu seinem Gelingen beitragen müssen. Denn wir können nicht alles aus eigener Kraft. Bildung hat auch etwas mit Dankbarkeit und Bescheidenheit zu tun.

Dieses Allgemeine wird in Schulen erfahren, die nicht Unterrichtsvollzugsanstalten, sondern Lebensschulen sind, weil das Schulleben erzieht und bildet: durch die Wahrnehmung von Ämtern in und für die Schulgemeinde, im Engagement für die schwächeren Mitschülern, im Eintreten gegen Missstände, durch die Mitverantwortung für das Gelingen der Schule im ganzen. Dadurch lernen Heranwachsende, sich und andere kennen zu lernen und Haltungen und Umgangsformen einzuüben, die die erwachende und wachsende junge Persönlichkeit stärken, also bilden.

Und welche Aufgabe hat dann noch der Unterricht? Er soll das bewirken, wozu er betrieben wird: die Heranwachsenden anleiten, sich in der Welt zurechtzufinden. Das sind im wesentlichen vier große Bereiche: Politik und Geschichte, die Kulturen und Künste, Wirtschaft und Gesellschaft, Wissenschaft und Technik. Sieht man von den Hobbies ab – Sport, Reisen usw. –, dann bilden diese vier Bereiche immer die vier „Bücher“ jeder größeren guten Tageszeitung. Wenn die „allgemeinbildende“ Schule nach einem „Kanon“ und nach Kriterien und Inhalten für „Allgemeinbildung“ sucht, ist die Lösung ganz einfach: Jeder Heranwachsende sollte befähigt wer-

den, möglichst viel in jedem dieser „Bücher“ lesen und verstehen zu können. Andernfalls versteht er übrigens beim größten Teil der Tagesschau und den hier berichteten Angelegenheiten der Allgemeinheit nur Bahnhof.

Wenn Schulen die allgemeine Bildung befördern wollen, sollten sie Zeitfenster schaffen für Zeitungslektüre und Debatten über das Gelesene. So verfahren übrigens die ersten deutschen Reformschulen im ausgehenden 18. Jahrhundert, weil für sie Unterricht und Lernen kein Selbstzweck war, sondern einem anderen Ziel dienten: der allgemeinen menschlichen Bildung als selbstbestimmter Urteilsfähigkeit und mitmenschlicher Bewährung

in einer sich rasch wandelnden Gegenwart, angesichts einer ungewissen Zukunft, in der vor allem eines gewiss sein sollte: dass wir uns aufeinander verlassen können. Daran hat sich (bis) heute nichts geändert.

Wissensbezogener Leistungsdruck verhindert Bildung, reflektierendes Zeitungslesen befördert sie!

<http://forum-kritische-paedagogik.de/start/download.php?view.530>

*Ulrich Herrmann war bis 2004 Professor für Pädagogik an der Universität Ulm, Leiter des Seminars für Pädagogik*  
<http://www.medienfakten.de/uherrmann/>

### **DGB: Da waren's nur noch vier Gewerkschafter Gewerkschaften verkleinern den Vorstand**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) will seine Organisation ummodellieren und den Bundesvorstand verkleinern. Das haben DGB-Chef Michael Sommer und die Vorsitzenden der acht Einzelgewerkschaften beschlossen.

Mit der Reform sollten die Strukturen schlanker und der DGB als politische Interessenvertretung gestärkt werden, sagte ein Sprecher der FR. Vor allem in Städten und Landkreisen will der Dachverband öfter mit einem – hauptamtlichen oder ehrenamtlichen – Vertreter präsent sein. Entlassungen unter den 1000 Beschäftigten solle es nicht geben.

Den Geldhahn werden die Einzelgewerkschaften allerdings ein wenig zudrehen: Der DGB erhält auch künftig zwölf Prozent der Beitragseinnahmen. Die zusätzlichen 0,5 Prozent, die bisher in einen Solidaritätsfonds fließen, sollen wegfallen. Der Fonds werde künftig vom DGB selbst finanziert. Aus dem Topf werden Kampagnen wie die Aktion für einen Mindestlohn bezahlt.

Und wie will der DGB schlanker werden? Im Bundesvorstand sollen nur noch vier statt fünf Funktionäre sitzen. Eine Stufe tiefer, bei den neun Bezirken, seien Fusionen möglich, hieß es. Diese Ebene kümmert sich um die Politik in den Bundesländern. Die derzeit 88 Regionen sollen zu Unterbezirken fusionieren, am Ende blieben vielleicht 70 solcher Büros übrig, hieß es. Künftig will der DGB aber „in allen Landkreisen und kreisfreien Städten durch gewählte ehrenamtliche Vorsitzende präsent sein“, heißt es. Glaubt der DGB wirklich, dass Ehrenamtliche etwas ausrichten können? Die Aufgabe könne auch von Hauptamtlichen übernommen werden, betonte der Sprecher. Wichtig sei jedenfalls, dass der DGB näher an die Gewerkschaftsmitglieder rücke.

Ob die Strukturreform tatsächlich genau so umgesetzt wird, entscheidet der DGB-Kongress, der in zwei Jahren tagt. Er muss zum Beispiel über die Einrichtung von Stadtverbänden befinden.

Manchen Gewerkschaften gehen die Vorschläge nicht weit genug. So hatte die IG BCE eine noch stärkere Straffung der Organisation gefordert. Beispielsweise regte sie an, den Bundesvorstand durch einen einzigen Bundesvorsitzenden zu ersetzen. Der jetzt gefundene Kompromiss sei allerdings „akzeptabel“, heißt es bei der IG BCE in Hannover. Die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten betont, dass der Soli-Fonds nicht gänzlich abgeschafft sei, sondern in den allgemeinen DGB-Beitrag integriert worden sei. So gesehen handle es sich um einen „guten Kompromiss“. rt/rb